

HÜSKENS: WENN DIE CDU BEWEISEN, OB SIE IHRE VERHEISSUNG AUCH UMSETZT

erschienen am 10. September 2020

[Dr. Lydia Hüskens](#), [Gebühren](#),
[öffentlich-rechtlicher Rundfunk](#),
[Rundfunkstaatsvertrag](#)

Angesichts der Einbringung des Beschlusses zur Erhöhung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrages in den Landtag von Sachsen-Anhalt, erinnert FPD-Landesvorsitzende Dr. Lydia Hüskens, eine Erhöhung des Rundfunkbeitrages zu verweigern. Sie fordert die CDU einmal zeigen, ob das Dampfplauderei ist oder ob es ein Konzept gibt, dass einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Qualität finanzieren kann, ohne die Bürger zu überfordern. Hüskens.

Die Freie Demokraten fordern die Neudefinition des Auftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, verbunden mit einer Verschlinkung. Dabei sind die abzeichnenden zukünftigen Nutzergewohnheiten zu berücksichtigen, die stärker auf on-demand setzen. Dazu gehört

auch, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Möglichkeit gelassen werden muss, selbst produzierte Inhalte länger in den Mediatheken vorzuhalten, wenn die Rechte vorhanden sind und angemessen vergütet werden.

Die Gebührenzahlerinnen und -zahler sollen keine Doppelstrukturen finanzieren. Die öffentlichen und privaten Hörfunkprogrammen sich ähnelnden Fernsehprogrammen unvermeidbar ist. Deshalb soll eine Neuorganisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fortgesetzt werden. Struktur und Angebot an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer.

Die Freien Demokraten fordern eine Rückbesinnung auf Bildung, Kultur und Information. Über eine Präzisierung des Grundversorgungsauftrages mit Fokus auf Public-Value Aufgabenbeschreibung möchte die FDP erreichen, dass der Rundfunkbeitrag zumindest stabil bleibt.